

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **29.06.2023** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/Rat/016

Beginn öffentlicher Teil: 18:01 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:19 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:18 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:20 Uhr

ANWESENHEIT:

Ratsvorsitzende

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Hinz, Arne

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert - ab 18:07 Uhr -
Bierkamp, Dirk
Birgin, Gurbet
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Buhndorf, Andrea
Degro, Johanna
Fleischmann, Michael
Gawlik, Mario
Gersemann, Christiane
Heller, Simone
Hinz, Gerald
Höfner, Joachim
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Lilienthal, Anika - bis TOP 4 -
Müller, Malte
Nijenhof, Rüdiger
Paul, Matthias
Paul, Susanne - ab TOP 17 -
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord,
Dr.
Sund, Björn
Thieleking, Ariane
Thöner, Dagmar

Vehling, Karl-Heinz, Dr.
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

Verwaltung

Giere, Janna
Kugel, Michael
Piel, Anja
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Verzicht des Ratsmitgliedes Thomas Dreeskornfeld auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0535
3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Anika Lilienthal
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 20.04.2023
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters Otze und Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: BV 2023 0492
7. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: BV 2023 0493
8. Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV 2023 0536
9. Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau - Neubenennung beratendes Mitglied
Vorlage: BV 2023 0501
10. Umbesetzung in den Fachausschüssen
Vorlage: BV 2023 0537
11. Ausschuss für Jugendhilfe und Familie - Neubenennung stv. beratendes Mitglied
Vorlage: BV 2023 0545
12. Vertretung der Stadt Burgdorf in Verbänden, Gesellschaften usw.
Vorlage: BV 2023 0500

13. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deutschen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0185/1
- 13.1. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deutschen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0185/2
- 13.2. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deutschen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0185/3
14. Wahl von Vertrauenspersonen für die Auswahl der Schöffen
Vorlage: BV 2023 0473
15. Einrichtung von Fahrradstraßen "neuer Schul- und Sporthallenstandort, Hallen-/Freibad und Innenstadt"
Bezugsvorlage BV 2022 0299
Vorlage: BV 2023 0479
- 15.1. Einrichtung von Fahrradstraßen - Änderung des Beschlussvorschlages
Vorlage: BV 2023 0479/1
16. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2023
Vorlage: BV 2023 0489
17. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung -
Vorlage: BV 2023 0509
- 17.1. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung -
Vorlage: BV 2023 0509/1
18. Beitritt zur PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH durch die Hannoversche Informationstechnologien AöR (hannIT)
Vorlage: BV 2023 0495
19. Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels zwischen der Stadt Burgdorf und der Region Hannover
Vorlage: BV 2023 0504
20. Fortschreibung des Kostenrahmens für die Städtebauliche Gesamtmaßnahme „Innenstadt Burgdorf“
Bezugsvorlage: BV 2023 0466
Vorlage: BV 2023 0511

21. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur "Städtebaulichen Gesamtmaßnahme Innenstadt Burgdorf" - Einbindung der Kommunalaufsicht gem. § 88 NKomVG - hier: Anhörung des Rates
Vorlage: BV 2022 0348/2
22. Soforthilfe für Sportvereine und Kleingärtnervereine 2023
Vorlage: BV 2023 0527
- 22.1. Soforthilfe für Sportvereine und Kleingärtnervereine 2023
Vorlage: BV 2023 0527/1
23. Antrag der SPD-Fraktion: Einführung des "Hannover Jobtickets" für die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung Burgdorf
Vorlage: A 2023 0533
- 23.1. Einführung D-Ticket Hannover Job „Hannover-Jobticket“
Vorlage: BV 2023 0543
24. Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“
Vorlage: A 2023 0391
- 24.1. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/1
25. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2023 0518
26. Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das als Anlage beigefügte Positionspapier der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" und bittet in die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer aufgenommen zu werden
Vorlage: A 2023 0475
27. Antrag des Ortsbürgermeisters Schillerslage "Erstellung einer Ortsschutzsatzung" vom 08.04.2023
Vorlage: A 2023 0490
- 27.1. Bestellung eines Quartierarchitekten für Schillerslage - Verbindliche Auslegung des § 34 BauGB, Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 26.05.2023 zum Antrag des Ortsbürgermeisters Schillerslage "Erstellung einer Ortsschutzsatzung" vom 08.04.2023
Vorlage: A 2023 0490/1
28. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen
Vorlage: A 2023 0541
- 28.1. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen; Änderungsantrag der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 26.06.2023
Vorlage: A 2023 0541/1
- 28.2. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen
Vorlage: BV 2023 0541/2
29. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die Beiträge der Einwohnerfragestunde sind als Anlage 1 beigelegt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Ratsvorsitzende Meinig eröffnet um 18:01 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt die Anwesenden, insbesondere Ehrenratsmitglied Karl-Ludwig Schrader sowie die Gäste Herrn Jan Bertke zu Top 6 und Herrn Frederic Rathjen zu Top 7.

Sie teilt mit, die Ratsmitglieder Frau Claudia Baumgarten, Herr Thomas Dreeskornfeld, Herr Klaus Köneke, Herr Björn Sund und Frau Gabriele Voss haben sich entschuldigen lassen.

Es besteht die Empfehlung, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte

- 13.2 Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deutschen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2023 0185/3

- 17.1. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegegesetz -
Vorlage: BV 2023 0509/1

- 28.1. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen; Änderungsantrag der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 26.06.2023
Vorlage: A 2023 0541/1

- 28.2 und
100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen; Änderungsantrag der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 26.06.2023
Vorlage: BV 2023 0541/2

zu ergänzen. **Ratsvorsitzende Meinig** bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wird angenommen.

2. Verzicht des Ratsmitgliedes Thomas Dreeskornfeld auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf

Vorlage: BV 2023 0535

Ratsherr Gawlik verliest einen Brief von Herrn Dreeskornfeld. Darin drückt Herr Dreeskornfeld sein Bedauern aus, der Ratsarbeit zeitlich nicht mehr gerecht werden zu können. Herr Dreeskornfeld bedankt sich für die Zusammenarbeit und wünscht dem Rat alles Gute.

Der Rat fasst bei 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Thomas Dreeskornfeld im Rat der Stadt Burgdorf vorliegen (§ 52 Abs. 2 i. V. m. mit § 51 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG).

3. Verpflichtung des neuen Ratsmitgliedes Anika Lilienthal

Bürgermeister Pollehn verpflichtet das neue Ratsmitglied Anika Lilienthal.

Ratsfrau Lilienthal bedankt sich und freut sich auf die neue Aufgabe.

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 20.04.2023

Der Rat fasst bei 28 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Ratssitzung vom 20.04.2023 wird genehmigt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Pollehn freut sich mitteilen zu dürfen, dass es auf H1 einen Bericht über das diesjährige Schützenfest gebe.

Ratsvorsitzende Meinig verkündet, dass in diesem Jahr mehr Ratsmitglieder am Stadtradeln teilgenommen haben. Dennoch sei noch Luft nach oben. Sie appelliert an die Ratsmitglieder, nächstes Jahr zahlreicher teilzunehmen. Als Hauptgewinn könne Burgdorf ein Lastenrad gewinnen.

6. Entlassung des stellv. Ortsbrandmeisters Otze und Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: BV 2023 0492

Ratsvorsitzende Meinig dankt für das Engagement und weist darauf hin, dass die Urkundenübergabe zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen werde.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Herr Jan Bertke wird mit Wirkung zum 31.08.2023 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otze der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf entlassen.**
- 2. Herr Jan Bertke wird mit Wirkung zum 1. September 2023 für die Dauer von sechs Jahren (bis zum 31.08.2029) in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otze der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf ernannt.**

7. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Otze
Vorlage: BV 2023 0493

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Herrn Frederic Rathjen wird mit Wirkung vom 01.09.2023 für die Dauer von 6 Jahren (bis zum 31.08.2029) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Otze der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Burgdorf ernannt.

8. Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: BV 2023 0536

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Im Verwaltungsausschuss übernimmt

Frau Anika Lilienthal (vorher Thomas Dreeskornfeld)

das stellvertretende Grundmandat.

Die Besetzung des Verwaltungsausschusses wird wie in der Anlage dargestellt festgestellt (Anlage 2 zum Protokoll).

**9. Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau - Neubenennung
beratendes Mitglied
Vorlage: BV 2023 0501**

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau wird

Herr Peter Taubald (vorher: Dr. Cord Steinbeck-Behrens)

als beratendes Mitglied benannt.

Die Besetzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau wird wie in der Anlage dargestellt festgestellt (Anlage 3 zum Protokoll).

**10. Umbesetzung in den Fachausschüssen
Vorlage: BV 2023 0537**

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

1) Im Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten wird

Mario Gawlik (vorher Thomas Dreeskornfeld)

als neues Mitglied benannt.

2) Im Ausschuss für Soziales, Integration, Prävention und Gleichstellung wird

Anika Lilienthal (vorher Mario Gawlik)

als neues stellvertretendes Mitglied benannt.

3) Im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften u. Verkehr wird

Dr. Karl-Heinz Vehling (vorher Thomas Dreeskornfeld)

als neues stellvertretendes Mitglied benannt.

4) Im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport übernimmt

Anika Lilienthal (vorher Mario Gawlik)
das Grundmandat und

Mario Gawlik (vorher Thomas Dreeskornfeld)
das stellvertretende Grundmandat.

5) Im Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau übernimmt

Anika Lilienthal (vorher Mario Gawlik)
das stellvertretende Grundmandat.

Die Besetzung der oben genannten Ausschüsse wird wie in der Anlage dargestellt festgestellt (Anlage 4 zum Protokoll).

**11. Ausschuss für Jugendhilfe und Familie - Neubenennung stv. beratendes Mitglied
Vorlage: BV 2023 0545**

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Im Ausschuss für Jugendhilfe, Familie und Kinder wird

Frau Karin Klüsener (vorher: N.N.)

als stellvertretendes beratendes Mitglied für den Vertreter der katholischen Kirche, Herrn Dr. Norbert Gebbe, benannt.

Die Besetzung des Ausschusses für Jugendhilfe, Familie und Kinder wird wie in der Anlage dargestellt festgestellt (Anlage 5 zum Protokoll).

**12. Vertretung der Stadt Burgdorf in Verbänden, Gesellschaften usw.
Vorlage: BV 2023 0500**

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Als Vertretung der Stadt Burgdorf werden folgende Personen entsandt:

- 1. Verbandsversammlung Unterhal- Frau Leonie Domas**

tungsverband Nr. 46 „Wietze“

- | | | |
|-----------|--|--------------------------|
| 2. | Mitglied des Beirates für Abfallbe-
seitigung bei der Region Hanno-
ver | Frau Leonie Domas |
| 3. | Haupt- und Mitgliederversammlung
der Arbeitsgemeinschaft Limnologie
und Gewässerschutz e.V. | Frau Leonie Domas |
| 4. | Mitgliederversammlung des Aus-
bildungsverbundes „pro regio e.
V.“ | Frau Petra Fritz |

- 13. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deut-
schen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burg-
dorf**
Vorlage: BV 2022 0185/1
-

Die Tagesordnungspunkte 13, 13.1 und 13.2 werden gemeinsam behan-
delt.

- 13.1. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deut-
schen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burg-
dorf**
Vorlage: BV 2022 0185/2
-

- 13.2. Vertrag über die Unterbringung von Fundtieren zwischen dem Deut-
schen Tierschutzbund - Ortsverein Hannover e.V. und der Stadt Burg-
dorf**
Vorlage: BV 2022 0185/3
-

Beigeordneter Gerald Hinz berichtet von den Beratungen. Es handle sich
hier um eine Pflichtaufgabe, für eine artgerechte Unterbringung von Fundtie-
ren zu sorgen. Dabei sei eine transparente Kostenerstattung wichtig. Dies
könne auch durch eine pauschalisierte Abrechnung erfolgen. Er ermutigt den
Bürgermeister, eine konsensuale Lösung zu finden.

Ratsherr Nijenhof dankt Herrn Hinz für seinen Einsatz und für das gesicherte
Zahlenmaterial. Er berichtet, auch in Uetze habe das Thema auf der Tagesord-

nung gestanden und fragt, ob es hierzu schon einen Austausch gab.

Bürgermeister Pollehn wird hierzu mit der Gemeinde Uetze das Gespräch suchen und dem Rat berichten. Er hebt hervor, dass die Verwaltung hier einen klaren Handlungsauftrag habe und eine angemessene Unterbringung von Fundtieren gewährleisten muss.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- a) Dem Deutschen Tierschutzbund – Ortsverein Burgdorf e.V. (Tierschutzverein) werden ab dem 01.01.2023 die für die Unterbringung der der Stadt Burgdorf zuzurechnenden Fundtiere nachgewiesenen Kosten im Rahmen einer Spitzabrechnung monatlich nachträglich erstattet.
- b) Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Tierschutzverein auf der Grundlage der in 2023 erstatteten Kosten eine vertragliche Regelung für die Zeit ab 2024 auszuhandeln mit dem Ziel einer pauschalierten Abrechnung; Gegenstand des Vertrages soll auch sein, dass nicht vermittelte Fundtiere nach Ablauf der 6-Monatsfrist gegen Leistung eines angemessenen Ablösebetrages durch die Stadt aus der Kostentragungspflicht der Stadt entlassen werden.

**14. Wahl von Vertrauenspersonen für die Auswahl der Schöffen
Vorlage: BV 2023 0473**

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf wählt als Vertrauenspersonen für die Mitgliedschaft im Schöffenwahlausschuss

- Frau Beate Neitzel,
- Frau Andrea Buhndorf,
- Frau Simone Heller sowie
- Herrn Helmut Wolynski.

**15. Einrichtung von Fahrradstraßen "neuer Schul- und Sporthallenstandort, Hallen-/Freibad und Innenstadt"
Bezugsvorlage BV 2022 0299
Vorlage: BV 2023 0479**

Die Tagesordnungspunkte 15 und 15.1 werden gemeinsam behandelt.

15.1. Einrichtung von Fahrradstraßen - Änderung des Beschlussvorschlages

Ratsherr Nijenhof freut sich, dass jetzt die notwendigen Schritte begonnen wurden und fragt, ob es zur Parkplatzsituation an der Lebenshilfe einen neuen Sachstand gibt.

Bürgermeister Pollehn verneint.

Ratsherr Gawlik verweist darauf, dass die ursprüngliche Aufgabe die Optimierung des Schülerverkehrs zu den neuen Schulstandorten war. Es gebe zwar noch Engstellen, die eingeschlagene Wegrichtung stimme jedoch. Wichtig sei nun, das ausgearbeitete Konzept weiter auszubauen.

Beigeordneter Hartmut Braun berichtet, die vorliegende Beschlussvorlage sei das Ergebnis vieler Verhandlungen und könne sich sehen lassen. Er stimmt Ratsherrn Gawlik zu, dass noch Lücken bestünden, sieht die Stadt aber auf einem guten Weg.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

1. **Der Ausbau der Fahrradstraßen sowie des Läuferwegs soll wie im Schlussbericht erfolgen und ist Grundlage für die weiteren Planungsleistungen.**
2. **Der wassergebundene Weg zwischen Wasserwerksweg und Im Stillen Winkel soll wie in der Vorlage dargestellt ausgebaut werden.**
3. **Der Ausbau der Fahrradstraßen erfolgt in zwei Bauabschnitten.**
 1. **BA: (Wallgartenstraße, Blücherstraße, Am Nassen Berg, Wasserwerksweg).**
 2. **BA: (Hannoversche Neustadt).**
4. **Die weiteren Planungsleistungen für den ersten Bauabschnitt sollen kurzfristig vergeben werden.**
5. **Die fehlenden Haushaltsmittel für den ersten Bauabschnitt in Höhe von ca. 659.000 € sowie die Planungskosten für den zweiten Bauabschnitt in Höhe von rd. 175.000 € werden durch Deckung aus den Sachkonten 53810.787261 (Kanal Birkenweg), 54100.787209 (Straßenausbau Birkenweg) und 54200.787201 (Straßenausbau Vor dem Celler Tor) bereitgestellt.**
6. **Die Hannoversche Neustadt und die Bahnhofstraße sollen in das Programmjahr 2024 für die Städtebauförderung aufgenommen werden.**
7. **Es soll eine Überplanung der Hannoverschen Neustadt unter Einbeziehung des südlichen Gehweges zwischen Feldstraße und Wallgartenstraße erfolgen.**
8. **Die unter Punkt 2. der Vorlage aufgeführten Anregungen und Hinweise sollen im weiteren Verlauf der Planung geprüft werden.**

16. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kinderta-

gespflge in der Stadt Burgdorf 2023

Vorlage: BV 2023 0489

Beigeordnete Gersemann beschreibt die Schwierigkeiten, die mit der Aufstellung der Bedarfsplanung einhergehen. Die Verwaltung müsse für nicht vorhersehbare Ereignisse gewappnet sein, dennoch seien Überraschungen nicht auszuschließen. Sie lobt die Professionalität, mit der die Fachkräfte dieses Problem angehen und auch schwierige Situationen meistern. Die Bedarfsplanung lasse erkennen, welche Hürden auf Burgdorf zukämen. Sie spricht Anerkennung und Dank an die Verfasser aus.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt teilt sie mit, der Fachausschuss habe um eine Überarbeitung der Kitatagespflgesatzung gebeten. Die Arbeitsgruppe habe nicht an einer inhaltlichen, sondern einer redaktionellen Änderung gearbeitet.

Beigeordnete Gersemann dankt für die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung.

Ratsfrau Thöner ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

In Fortschreibung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflge in der Stadt Burgdorf 2022 (Vorlage BV 2022 0129) werden das vorhandene Angebot an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflgeplätzen sowie der Bedarf und der weitere erforderliche Ausbau gem. der Anlage zu dieser Vorlage festgestellt.

Die in der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflge 2023 aufgeführten Maßnahmen werden beschlossen:

- **Unter dem Gesichtspunkt der Kinderzahlenentwicklung und der integrativen Förderung wird der Ausbau der bestehenden und bereits geplanten Krippenkapazitäten um zusätzliche 30 Plätze (2 Gruppen) vorangetrieben**
- **Unter dem Gesichtspunkt der Kinderzahlenentwicklung, der integrativen Förderung und der Betreuung auswärtiger Kinder wird aktuell kein weiterer, über die bisherigen Planungen hinausgehender Ausbau vorangetrieben. Unter dem Gesichtspunkt der Entlastung bestehender Einrichtungen wird im Einzelfall ein weiterer Ausbau geprüft, sofern sich hierfür günstige Ausbauelegenheiten ergeben.**
- **Ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 werden vier Integrationsplätze/ Plätze für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in der Kita Südster gerechnet und in den darauffolgenden Jahren jeweils vier solcher Plätze in den Kitas Freibad, Weststadt und Ramlingen-Ehlershausen (im Tandem mit der Kita Otze).**
- **Der Hortausbau wird vorerst nicht weiter betrieben. Sofern sich ergibt, dass der Ganztagsanspruch im Grundschulalter in Niedersachsen vorrangig über Hortangebot zu erfüllen ist, werden die Planungen diesbezüglich vorangetrieben.**

Eine Ausfertigung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege 2023 wird zum Bestandteil des Originalprotokolls erklärt.

- 17. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung - Vorlage: BV 2023 0509**
-

Die Tagesordnungspunkte 17 und 17.1 werden gemeinsam behandelt.

- 17.1. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung - Vorlage: BV 2023 0509/1**
-

Ratsfrau Thöner ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die 5. Änderung der Satzung der Stadt Burgdorf über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung in Kindertagespflege - Kindertagespflegesatzung - vom 15.12.2022 in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2023 0509/1 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage 6 beigefügten) Fassung zu erlassen.

- 18. Beitritt zur PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH durch die Hannoversche Informationstechnologien AÖR (hannIT) Vorlage: BV 2023 0495**
-

Ratsfrau Thöner ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 29 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Erwerb von 20 Geschäftsanteilen durch die hannIT AÖR zu einem Preis von 200,00 (in Worten zweihundert) EUR je Geschäftsanteil aufgrund eines Kaufvertrags zwischen PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) und der hannIT AÖR über den Verkauf und die Abtretung von Gesellschaftsanteilen an der PD entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf wird zugestimmt.**

2. Der Vorstand der hannIT AöR wird ermächtigt, der als Anlage 2 beigefügten Gesellschaftervereinbarung beizutreten und mit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH die als Anlage 3 beigefügte Eckpunktevereinbarung abzuschließen.

**19. Abschluss einer neuen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels zwischen der Stadt Burgdorf und der Region Hannover
Vorlage: BV 2023 0504**

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die „Vereinbarung nach § 1 Abs. 4 des Niedersächsischen Statistikgesetzes (NStatG) zur Übertragung der Aufgabe der Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels“ wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Vorlage geschlossen. Die Anlage 1 zu dieser Vorlage wird zum Bestandteil des Originalprotokolls erklärt.

**20. Fortschreibung des Kostenrahmens für die Städtebauliche Gesamtmaßnahme „Innenstadt Burgdorf“
Bezugsvorlage: BV 2023 0466
Vorlage: BV 2023 0511**

Der Rat fasst mit 27 Ja-Stimmen und drei Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Die vorliegende Kosten- und Finanzierungsübersicht (§ 149 BauGB) (in der Fassung vom 15.05.2023) wird als Planungsinstrument für die Erreichung der städtebaulichen Sanierungsziele im Sanierungsgebiet „Innenstadt Burgdorf“ beschlossen.

**21. Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur "Städtebaulichen Gesamtmaßnahme Innenstadt Burgdorf" - Einbindung der Kommunalaufsicht gem. § 88 NKomVG - hier: Anhörung des Rates
Vorlage: BV 2022 0348/2**

Ratsherr Fleischmann lobt den Plan zur Innenstadtsanierung, befürchtet aber eine finanzielle Überlastung der Anwohner. Er plädiert, die Vorlage abzulehnen.

Bürgermeister Pollehn wirft Ratsherrn Fleischmann vor, eine Autonomie zu fordern, die es so nicht gebe. Rechtswidrige Beschlüsse können nicht umgesetzt werden.

Ratsherr Nijenhof erklärt, es gebe nur zwei Möglichkeiten, wie mit dem Beschluss umzugehen sei. Möglichkeit eins sei dabei die Aufhebung des rechts-

widrigen Beschlusses durch den Rat, wie in der Vorlage vorgeschlagen. Möglichkeit zwei sei, auf die Beanstandung der Kommunalaufsicht zu warten.

Ratsherr Nijenhof richtet die Frage an Ratsherrn Fleischmann, ob er vor habe dagegen Klage einzureichen.

Ratsherr Fleischmann antwortet, dies könnte der Fall sein.

Beigeordnete Heller kritisiert, hier handele es sich um ein Possenspiel. Der ursprüngliche Beschluss sei gut gemeint, aber nicht gut gemacht gewesen. Nun dürfe sich der Rat nicht über das Gesetz stellen, der Beschluss sei daher aufzuheben.

Ratsherr Fleischmann gibt zu bedenken, dass Rechtsentscheidungen Auslegungssache seien.

Ratsvorsitzende Meinig stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Beschluss des Rates vom 23.02.2023 mit folgendem Wortlaut:

- 1. Der „Ausgleichsbetrag“ wird auf Antrag der Eigentümerin/des Eigentümers ins Grundbuch eingetragen und erst beim Verkauf des Grundstückes fällig.**
- 2. Verkauften Erbinnen und Erben das Grundstück nicht, sondern ziehen selbst dort ein, wird der Grundbucheintrag fällig. Bei Erbinnen und Erben, die Transferleistungsbezieher/innen sind, wird eine sozialverträgliche Lösung gefunden.**

wird aufgehoben.

**22. Soforthilfe für Sportvereine und Kleingärtnervereine 2023
Vorlage: BV 2023 0527**

Die Tagesordnungspunkte 22 und 22.1 werden gemeinsam behandelt.

**22.1. Soforthilfe für Sportvereine und Kleingärtnervereine 2023
Vorlage: BV 2023 0527/1**

Ratsherr Bierkamp freut sich, dass die Arbeitsgemeinschaft hier ein akzeptables Ergebnis erzielen konnte. Dabei lobt er insbesondere die Verwaltung, die dieses komplexe Thema innerhalb von zwei Monaten zu einem Ergebnis bringen konnte.

Ratsherr Gawlik berichtet, die Beratungen seien nicht einfach gewesen und lobt die Unterstützung durch die Verwaltung. Die Förderschwerpunkte wurden besonders auf Sport und Kinder gesetzt, was die Bindung zu den Vereinen stärke.

Ratsfrau Kicza bemängelt, dass die CDU-Fraktion in dem Verfahren nicht beteiligt wurde. Es sei nicht deutlich, ob die Fördermittel gut eingesetzt werden. Sie kenne die Vereinsarbeit und wundert sich, dass laut einem Zeitungsartikel im Juni die Burgdorfer Vereine gut dastünden. Im Ausschuss habe es andere Zahlen dazu gegeben. Eine Beantwortung dieser Fragen wäre wünschenswert gewesen. Die CDU-Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Ratsherr Schweer ergänzt, dass insbesondere die CDU-Fraktionsmitglieder, welche auch in Vereinen aktiv sind, sich in einer Zwickmühle befinden. Gleichwohl könne die finanzielle Situation der Stadt nicht aus den Augen verloren werden.

Ratsherr Fleischmann werde die Vorlage mittragen, bemängelt jedoch ebenfalls, nicht zur Arbeitsgruppe eingeladen worden zu sein.

Ratsherr Gawlik berichtet aus dem Fachausschuss, dass die Einladung zwar abgesendet, aber nicht angekommen sei. Er bittet darum künftig nachzufragen, wenn Rückmeldungen ausbleiben.

Bürgermeister Pollehn macht deutlich, dass die Sportförderung schon sehr hoch sei und in der Arbeitsgruppe eine weitere Erhöhung der Förderungen angestrebt wurde. Dabei gibt er zu bedenken, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt 2023/2024 bereits nur unter der Maßgabe genehmigt habe, dass freiwillige Leistungen verringert werden müssten. Auch das Rechnungsprüfungsamt habe deutlich auf die Bedingungen der Kommunalaufsicht hingewiesen. Freiwillige Leistungen können nicht unendlich hochgeschraubt werden.

Weiter zeigt sich **Bürgermeister Pollehn** ebenfalls irritiert, dass laut Zeitung die Vereine gut dastünden, hier aber weiter gefördert werden solle. Es gebe noch weitere Möglichkeiten für Vereine, an Spenden und Zuschüsse zu gelangen. Er macht dabei deutlich, dass es nicht die Absicht sei, eine Sportförderung zu verweigern. Die Hinweise der Kommunalaufsicht müssen jedoch beachtet werden.

Ratsherr Fleischmann verweist darauf, dass auch die Investitionstätigkeit durch die Kommunalaufsicht beanstandet wurde und bemängelt insbesondere den Neubau von Bauhof und IGS. Er plädiert dafür, andere Aufgaben zu reduzieren und nennt beispielsweise den Baumrückschnitt an Wirtschaftswegen.

Ratsherr Apel äußert seinen Unmut über die Art der Beratung. Hier sei eine gesellschaftspolitische Angelegenheit ohne die CDU-Fraktion ausgearbeitet worden. Die CDU-Fraktion sei sich der Haushaltslage bewusst, eine politische Abwägung sei in dieser Sache jedoch nicht möglich gewesen.

Ratsherr Paul bestreitet, dass im Bericht der Kommunalaufsicht Bedenken hinsichtlich freiwilliger Leistungen geäußert wurden.

Rechnungsprüferin Piel weist darauf hin, dass die Förderung nur den Vereinen ohne eigene Sportstätte zukomme. Hinsichtlich der Haushaltslage macht sie deutlich, dass auch im vorletzten Bericht der Kommunalaufsicht eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen gefordert werde. Die finanzielle Lage der Stadt habe sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert.

Ratsherr Fleischmann kritisiert erneut, dass die Investitionen zu hoch seien. Der Neubau müsse daher gestoppt werden.

Ratsvorsitzende Meinig weist Ratsherrn Fleischmann darauf hin, dass das Investitionsvolumen nicht Thema der Vorlage sei und bittet um Abstimmung.

Der Rat fasst mit 20 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und neun Enthaltungen folgenden

Beschluss:

- a) **Die Stadt Burgdorf verzichtet auch in 2023 und 2024 auf sämtliche Nutzungsentgelte, Gebühren, Mieten und Pachten von gemeinnützigen Burgdorfer Sportvereinen.**

- b) **Dem vorgelegten Entwurf (Antrag auf Gewährung einer Billigkeitsleistung zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Vereinsbetriebes – "Soforthilfe für Sport- und Kleingärtnervereine in der Stadt Burgdorf 2023") wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereine unverzüglich über die Möglichkeit einer Antragstellung zu unterrichten.**

- c) **Die Auszahlung gewährter Zuschüsse erfolgt zunächst aus den zur Verfügung stehenden Mitteln der jährlichen Sportförderung. Die benötigten Mittel werden nachträglich zusätzlich über den Nachtragshaushalt 2023 zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung der regulären Sportförderung 2023 erfolgt entsprechend nicht im Oktober 2023, sondern zu einem späteren Zeitpunkt.**

**23. Antrag der SPD-Fraktion: Einführung des "Hannover Jobtickets" für die Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung Burgdorf
Vorlage: A 2023 0533**

Die Tagesordnungspunkte 23 und 23.1 werden gemeinsam behandelt.

**23.1. Einführung D-Ticket Hannover Job „Hannover-Jobticket“
Vorlage: BV 2023 0543**

Ratsherr Paul berichtet, die Region setze sich schon seit geraumer Zeit für einen preiswerten Nahverkehr ein. Nun stünden Bundesmittel zur Verfügung, um das Angebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu attraktiveren. Er freut sich, dass Hürden aus dem Weg geräumt und den Mitarbeitenden der Stadt Burgdorf das Jobticket ermöglicht werden könne.

Ratsherr Gawlik hebt insbesondere die Bedeutung für die Stadt als attraktive Arbeitgeberin hervor.

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Für die Mitarbeiter*innen der Stadt Burgdorf wird zum nächstmögli-

chen Zeitpunkt das „Hannover-Jobticket“ eingeführt.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € werden gemäß § 117 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG außerplanmäßig bei den Produktkonten 11103.441101 und 11103.741101 zur Verfügung gestellt.

**24. Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“
Vorlage: A 2023 0391**

Die Tagesordnungspunkte 24 und 24.1 werden gemeinsam behandelt.

**24.1. Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf!“ vom 16.05.2023
Vorlage: A 2023 0391/1**

Ratsherr Dr. Vehling gibt zu bedenken, ein öffentlicher Nahverkehr funktioniere nur, wenn es ausreichend Punkte zum Ein- und Aussteigen gebe. Den Bahnhof Burgdorf empfinde er als besorgniserregend. Des nachts randalierende Jugendliche sowie eine Vielzahl an Fahrraddiebstählen führen zu einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl. Er plädiert dafür, dieses Problem gezielt anzugehen und spricht sich für entsprechendes Personal bzw. einen Sicherheitsdienst aus. Dies verursache zwar ebenfalls Kosten, könne aber dazu beitragen, die Kosten für Schadensbeseitigungen zu reduzieren. Die FDP halte daher, trotz der angespannten Haushaltslage, an dem Antrag fest. Nach Ablauf einer Probezeit könne geprüft werden, ob die Maßnahmen eine Besserung bringen konnten.

Ratsherr Nijenhof berichtet von den bisherigen intensiven Diskussionen. Er halte die vorgeschlagenen Mittel allerdings noch nicht für zielführend. Er plädiert dafür, weitere Gespräche zu führen und dabei alle zuständigen Stellen, insbesondere Polizei und die Deutsche Bahn AG, zu beteiligen.

Ratsherr Jens Braun habe sich die Situation vor Ort angeschaut und berichtet von seinen Beobachtungen. Er plädiert ebenfalls dafür, Gespräche mit Polizei und Bahn zu führen. Auch ist für ihn fraglich, welche Ausbildung das eingesetzte Personal benötigt. Hier müssten Fachkräfte eingesetzt werden, da ansonsten nur Eingriffe im Rahmen der „Jedermannrechte“ durchzusetzen seien. Er spricht sich für den Antrag der Gruppe WGS/FreieBurgdorfer aus.

Ratsherr Dr. Steinbeck-Behrens äußert Bedenken und hält das vorgeschlagene Maßnahmenpaket für unverhältnismäßig. Er bezweifelt, dass das benötigte Personal zielführend eingesetzt werden könne. Er könne sich andere Maßnahmen, wie Einwegtelefone oder Nachttaxis, vorstellen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Antrag daher ablehnen.

Ratsherr Schweer sieht den Antrag als einen Auftrag an und dankt der FDP-Fraktion für die Anregung. Der Bahnhof müsse sicherer werden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der FDP folgen und den Antrag der

WGS/FreieBurgdorfer ablehnen.

Der Rat stimmt zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf“, Vorlage A 2023 0391 ab.

Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend stimmt der Rat über den Antrag der Gruppe WGS FreieBurgdorfer „Mehr Sicherheit und weniger Vandalismus in Burgdorf“, Vorlage A 2023 0391/1 ab und fasst mit 18 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja inwieweit

- 1. sowohl im Bereich des Bahnhofes, wie des Parkhauses - insbesondere im Bereich der Fahrradabstellflächen - und so möglich darüber hinaus eine Videoüberwachung eingerichtet werden kann**

und
- 2. es möglich ist durch die Region, die Bahn und ggf. die Agentur für Arbeit gefördert eine Stelle als „Lokaler Kümmerer“, bzw. „Bahnhofskümmerer“ für die Burgdorfer Bahnhöfe, also auch für Otze und Ehlershausen einzurichten.**

Die Prüfungsergebnisse sind dem Ausschuss für Soziales, Integration und Prävention vorzulegen.

**25. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2023 0518**

Der Rat fasst mit 30 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Folgende Zuwendung wird angenommen:

- Geldzuwendung in Höhe von 7.000 € an die Freiwillige Feuerwehr Heeßel vom Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Heeßel.**

**26. Antrag der Gruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das als Anlage beigefügte Positionspapier der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" und bittet in die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer aufgenommen zu werden
Vorlage: A 2023 0475**

Ratsherr Müller erläutert den Antrag und verweist darauf, dass bereits über 800 Städte und Gemeinden das Positionspapier unterzeichnet hätten. Ziel sei es, enge Grenzen zu überwinden und mehr Gestaltungsspielräume bei Geschwindigkeitsbeschränkungen zu erreichen. Dies könne helfen, Straßen sicherer zu machen und von einfachen Wegstrecken zu multifunktionalen Orten zu wandeln.

Ratsherr Nijenhof findet, der Antrag könne nicht abgelehnt werden. Die Gemeinde Uetze habe sich bereits im März dem Positionspapier angeschlossen.

Ratsherr Gawlik lehnt den Antrag ab. Übergeordnete Straßen müssten auch übergeordnet betrachtet werden. Weiter gebe es auf Bundesebene bereits Vorbereitungen, das Straßenrecht insoweit zu ändern, dass Kommunen mehr Freiheiten bei der Festsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen erhalten sollen. Er halte den Antrag daher für unnötig.

Ratsherr Wendt sichert die Unterstützung der Linksfraktion zu. Er begrüßt, dass die Kommunen dadurch mehr Autonomie erhielten und künftig selbst entscheiden können.

Ratsherr Fleischmann ergänzt, dass es Verkehrsstraßen in Burgdorf gebe, die eine erhebliche Belastung für die Anwohner darstellen. Daher begrüße auch er den Antrag.

Ratsherr Schweer hebt hervor, dass es auch ohne den Antrag Möglichkeiten gebe, angemessen auf Verkehrsproblematiken zu reagieren. Die CDU-Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsherr Paul berichtet, er könne mindestens 10 Beispiele nennen, an denen Gefahren durch Geschwindigkeitsbegrenzungen entschärft werden konnten. Es gehe darum, dass es überhaupt die Möglichkeit gebe, selbst darüber zu bestimmen. Er appelliert an das Gewissen der Ratsmitglieder und bittet um Zustimmung.

Ratsherr Nijenhof erinnert an den Vorschlag eines CDU-Ortsvorstehers zur Einführung einer 30er Zone. Dies sei durch das Land verhindert worden. Er hebt hervor, dass, auch bei einer Einigkeit im Rat, die Einführung von 30er Zonen häufig nicht möglich sei.

Ratsherr Gawlik konstatiert, dass Geschwindigkeitsbegrenzungen keine politische Entscheidung seien, sondern durch die Verkehrsbehörde und damit durch die Region Hannover zu treffen sind.

Ratsvorsitzende Meinig stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Rat fasst mit 18 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen folgenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf unterzeichnet das als Anlage 7 beigefügte Positionspapier der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeit“ und bittet in die Liste der Unterstützerinnen und Unterstützer aufgenommen zu werden.

27. Antrag des Ortsbürgermeisters Schillerslage "Erstellung einer Orts-

schutzsatzung" vom 08.04.2023
Vorlage: A 2023 0490

Die Tagesordnungspunkte 27 und 27.1 werden gemeinsam behandelt.

27.1. Bestellung eines Quartierarchitekten für Schillerslage - Verbindliche Auslegung des § 34 BauGB, Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 26.05.2023 zum Antrag des Ortsbürgermeisters Schillerslage "Erstellung einer Ortsschutzsatzung" vom 08.04.2023
Vorlage: A 2023 0490/1

Ratsherr Dr. Vehling erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Demnach werde der Einsatz eines Quartiersarchitekten als flexibles städtebauliches Instrument einer Gestaltungssatzung vorgezogen. Dieser solle helfen, den Gebietscharakter in Schillerslage zu erhalten, und für eine Entlastung der Bauordnungsbehörde sorgen. Die Umsetzbarkeit sei mittlerweile durch die Verwaltung rechtlich geprüft.

Ratsherr Nijenhof fragt, ob der Ortsrat zu dem Vorschlag der FDP-Fraktion angehört wurde.

Bürgermeister Pollehn berichtet von einem Schreiben von Mitgliedern des Ortsrates, welches jedoch nicht die Unterschrift von Ortsratsfrau Gawlik enthalte. Ratsherr Gawlik habe sich nicht mit dem Ortsrat abgesprochen. **Bürgermeister Pollehn** verliest das Schreiben von Ortsbürgermeister Cord Reißer. Laut diesem habe es keine Beteiligung des Ortsrates zu dem Antrag gegeben.

Beigeordnete Heller kritisiert, dass der Ortsrat nicht eingebunden wurde. Ihre Fraktion werde dem Antrag der FDP-Fraktion daher nicht zustimmen, sondern den Antrag des Ortsbürgermeisters unterstützen.

Ratsherr Gawlik erklärt, dieses Thema werde bereits seit 2020 verhandelt und sei demnach nicht neu. Ebenso habe es im Jahr 2020 eine offene Versammlung gegeben, in der sich insbesondere zwei große Sorgen herauskristallisiert hätten. Zum einen bestünde die Sorge vor überdimensionierten Gebäuden durch Ausreizen sämtlicher Bauvorschriften. Zum anderen werde eine Einschränkung der Landwirtschaft befürchtet, z. B. in dem der Bau von Futtersilos und ähnlichen landwirtschaftlichen Anlagen durch Satzung verhindert würde. Die Verwaltung sei mit dem Auftrag aus der Versammlung gegangen, konkrete Maßnahmen zu prüfen. Dies sei jedoch nicht erfolgt. Der Antrag in der jetzigen Form sei mit dem Ortsrat in kleiner Runde abgesprochen gewesen. **Ratsherr Gawlik** befürchtet weiter, die Verwaltung habe nicht ausreichend Ressourcen für eine Gestaltungssatzung. Durch den Einsatz eines Quartiersarchitekten hätte eine schnelle und einfache Lösung gefunden werden können; die Zuständigkeit hierfür liege beim Rat. **Ratsherr Gawlik** zieht den Antrag zurück und werde sich bei der Abstimmung enthalten. Die Gestaltungssatzung sei nicht im Sinne der Landwirte.

Ratsherr Apel erinnert an die Gebräuche und Gepflogenheiten des Gremiums. Dazu gehöre, dass den Vorschlägen aus den Ortsräten üblicherweise gefolgt werde, da diese in der Regel wüssten, was sie wollen. Die CDU-Fraktion werde daher der eindeutigen Beschlussempfehlung aus dem Orts-

rat folgen.

Bürgermeister Pollehn stellt klar, dass die ablehnende Haltung der Verwaltung nicht rechtlicher, sondern finanzieller Natur war.

Ratsherr Paul unterstreicht, dass die Rechte der Grundeigentümer nicht einfach beschnitten werden können. Der Rechtsweg müsse eingehalten werden, es könne nicht einfach das Baurecht geändert werden. Er spricht sich dafür aus, für kritische Punkte lieber ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen.

Ratsherr Gawlik wirft ein, die Grundstücke müssten für ein Bauleitverfahren genau betrachtet werden. Dies sei so mit der Verwaltung abgesprochen worden.

Ratsfrau Paul gibt zu bedenken, der Rat könne sich nicht über das Gesetz stellen. Die Demokratie müsse geachtet werden.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 26.05.2023 wird zurückgezogen.

Der Rat fasst mit 28 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Für die Ortschaft Schillerslage wird eine Gestaltungssatzung nach § 84 NBauO erstellt. Bis zur Erstellung dieser werden gestalterische Vorgaben des Dorfes bei eingehenden Bauanträgen berücksichtigt, so dass sich neue Bauvorhaben in das Ortsbild von Schillerslage einfügen. Ergänzend ist im Hinblick auf die Parksituation in der Ortschaft zu berücksichtigen, dass Parkplätze auf den Grundstücken vorzusehen sind.

**28. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen
Vorlage: A 2023 0541**

Die Tagesordnungspunkte 28, 28.1 und 28.2 werden gemeinsam behandelt.

**28.1. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen; Änderungsantrag der Fraktion WGS Freie Burgdorfer vom 26.06.2023
Vorlage: A 2023 0541/1**

**28.2. 100 Solaranlagen für 100 Balkone - Förderprogramm für Mini-Solaranlagen
Vorlage: BV 2023 0541/2**

Ratsfrau Degro erläutert den Antrag. Beim Klimawandel fühlten sich viele nicht mitgenommen, nicht jeder könne sich eine Photovoltaikanlage leisten. Hier solle eine Möglichkeit geschaffen werden, wie Menschen unbürokratisch an eine Förderung für alternative Energien kommen. Dabei habe sich die Fraktion am Beispiel der Stadt Wunstorf orientiert, in der diese Förderung bereits erfolgreich umgesetzt worden sei. Als Nebeneffekt sei festgestellt worden, dass viele Antragsteller, die bei der Förderung leer ausgingen, dennoch eine Anlage auf eigene Kosten angeschafft hätten. Für Burgdorf sei hier ein guter Kompromiss gefunden worden. Durch das Windhundprinzip, die unkomplizierte Antragstellung und den Beleg per Foto könne der Aufwand für die Verwaltung gering gehalten werden. Auch die Anlagen selbst seien sehr benutzerfreundlich gestaltet und könnten mit wenig Aufwand installiert werden und über einen einfachen Stecker Strom in das Netz einspeisen.

Beigeordneter Dr. Kaefer stellt klar, dass es sich hierbei um steckerfertige Photovoltaikanlagen handele. Jedem Mieter und Hauseigentümer sei es ohne zusätzliche Kosten möglich, die Anlagen anzubringen. Dabei halte er die Gegenargumente, kleine Anlagen brächten nichts und eine Förderung lohne sich nicht, für falsch. Hierbei handele es sich insbesondere um eine Anschubfinanzierung.

Beigeordneter Sieke unterstreicht die Wichtigkeit des Klimaschutzes. Er befürchte jedoch, der Antrag sei nicht zu Ende gedacht und frage sich, ob sich der Verwaltungsaufwand lohne. Auch sei fraglich, ob die Förderung bei dem defizitären Haushalt umsetzbar sei, da hier eine weitere Aufstockung freiwilliger Leistungen erfolge. Letztlich gibt er zu bedenken, dass die Anlagen mobil sind und ein Missbrauch der Förderung, nach dem vorliegenden Antrag, nicht ausreichend verhindert werden könne. Die CDU-Fraktion könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsherr Gawlik äußert ebenfalls Zweifel an dem Antrag. Dabei gibt er neben der schwierigen Haushaltslage den herrschenden Personalmangel zu bedenken. Eine zusätzliche Belastung befürchte er durch die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln bei abgelehnten Anträgen. Die FDP-Fraktion könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsherr Dr. Vehling ergänzt, die Förderung sei nicht zielgerichtet, da hier keine Unterscheidung zwischen arm und reich erfolge. Er rät dem Bürgermeister, den Beschluss durch die Rechtsaufsicht prüfen zu lassen. Bei der Haushaltslage könne eine derartige Förderung nicht ohne einen entsprechenden Kriterienkatalog erfolgen.

Bürgermeister Pollehn findet, es gebe durchaus bessere Förderungen für Photovoltaikanlagen und nennt beispielhaft die Energiegenossenschaft. Ebenso zweifelt er an der unbürokratischen Umsetzung. Aus Wunstorf sei von einem erhöhten Verwaltungsaufwand, u. a. durch Telefonanrufe und E-Mails, berichtet worden. Schwierig sei auch, die Treffsicherheit der Förderung zu lenken. Es müsse ebenso belegt werden, wie die Abrechnung und Kontrolle der Förderung erfolge, was zu einem hohen Verwaltungsaufwand führe. Auch könne nicht sichergestellt werden, dass die Förderung den gewünschten Effekt erziele.

Bürgermeister Pollehn kritisiert auch den fehlenden Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Er bittet den Antrag nicht zu beschließen und wünscht sich weitere Gespräche, wie eine solche Förderung gezielter umgesetzt werden könnte.

Ratsherr Paul stimmt zu, dass Unterstützung vielerorts zu finden sei. Hier ginge es jedoch darum, selbst Anreize zu setzen. Mit einem kleinen Beitrag

könne eine große Wirkung erzielt werden, in dem eine Vielzahl von Personen animiert werde, aktiv am Klimaschutz mitzuwirken. Der Klimaschutz müsse unterstützt und dafür die entsprechenden Anreize geschaffen werden.

Ratsherr Wendt unterstützt den Antrag und denkt insbesondere an die Menschen, die sich auch günstige Anlagen ohne eine Förderung nicht leisten könnten. In Zeiten, in denen sich Menschen von der Demokratie abwenden, sei dies ein wohltuendes Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger.

Beigeordneter Gerald Hinz weist darauf hin, dass das Vorbild in Wunstorf mit den Stimmen der CDU und der FDP beschlossen worden sei. Auch gehe es darum, den Energiebedarf in Burgdorf zu senken. Eine Förderung für größere PV-Anlagen und E-Fahrzeuge gehe an vielen Menschen vorbei, diese Förderung nicht.

Stadträtin Vierke verweist darauf, dass die außerplanmäßige Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel ebenfalls beschlossen werden muss. Die Deckung könne durch Gewerbesteuererinnahmen erfolgen.

Ratsherr Gawlik greift die Argumentation der Menschen mit niedrigerem Einkommen auf und stellt klar, dass der vorliegende Antrag eben keine Unterscheidung diesbezüglich mache. Jeder könne die Förderung beantragen und die ersten erhielten den Zuschlag, unabhängig vom Einkommen. Fraglich sei für ihn auch, wie die Formulierung „fortlaufend“ zu verstehen sei und ob damit eine jährliche Förderung erfolge.

Beigeordneter Dr. Kaefer spricht die Förderung durch die Energiegenossenschaft an und dass durch eine Mitgliedschaft Burgdorfs bessere Förderungen erzielt werden könnten. Dies werde jedoch noch dauern. Die hier zu fördernden Anlagen stünden dagegen sofort zur Verfügung. Er widerspricht der Aussage, hier erfolge keinerlei Überprüfung. Auch die Stadtwerke hätten ein besonderes Interesse an der Installation digitaler Stromzähler, wodurch die Einspeisung messbar werde.

Ratsvorsitzende Meinig stellt den Antrag zur Abstimmung.

Ratsherr Bierkamp ist während der Abstimmung abwesend.

Der Rat fasst mit 17 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen folgenden Beschluss

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf legt ein Förderprogramm zur Förderung von Stecker-Photovoltaikanlagen (sog. Balkonsolaranlagen) auf. Gefördert werden steckerfertige Photovoltaikanlagen (Stecker-PV) für private Haushalte ab 0,25 kWp.

Die Fördersumme wird auf 25.000 Euro festgesetzt. Die einmalige Höchstfördersumme pro Haushalt wird auf 25% der Anschaffungskosten, maximal 200,- € begrenzt. Nach Abfluss der Fördermittel erfolgt eine Evaluation, über die der Rat zu unterrichten ist.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Förderung in einem möglichst unbürokratischem Verfahren zu gewährleisten. Die Förderung erfolgt nach dem sog. Windhundprinzip.

Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € wer-

den gem. § 117 Abs. 1 NKomVG i. V. m. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

29. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- I. **Beigeordnete Gersemann** berichtet von der Arbeit der Sozialen Gruppe „Die Wölfe“. Sie bedauert, dass die Gruppe aufgelöst wurde und kritisiert, dass dieses Thema nicht im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie behandelt wurde. Die Auflösung der Gruppe stelle kein Geschäft der laufenden Verwaltung dar und hätte demnach entsprechend behandelt werden müssen.

Erster Stadtrat Kugel beschreibt das Angebot der Jugendhilfe mit sechs Plätzen. Die dort beschäftigten zwei Sozialarbeiterinnen hätten überraschend gleichzeitig gekündigt. Die Verwaltung habe sodann das Potenzial für die Einsparung von Personalkosten gesehen. Möglich sei dies, da von den sechs Plätzen bei zwei Kindern die Maßnahme ohnehin ausgelaufen sei, zwei Kinder seien ins JohnnyB. gewechselt und zwei in die Betreuung der Pestalozzi-Schule in Burgwedel. Die Leistung selbst werde nicht eingestellt, vielmehr erfolge diese nun durch Dritte. Dazu werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage erstellen.

Beigeordnete Gersemann dankt für die Ausführungen und dass der Kompetenzbereich in den zuständigen Ausschuss falle. Am wichtigsten sei es, dass die Kinder gut untergebracht werden. Sie würde begrüßen, wenn auch die letzten beiden Kinder wieder in Burgdorf versorgt werden könnten. Sie bittet den Ausschuss für Jugendhilfe und Familie zeitlich etwas vorzuziehen.

Erster Stadtrat Kugel hebt noch einmal hervor, dass vakante Stellen erst ausgeschrieben werden müssten und eine Wiederbesetzung fraglich ist. Das Finden von Fachkräften gestalte sich derzeit schwierig.

- II. **Ratsherr Gawlik** erkundigt sich nach dem Sachstand der Schilder an den Kreiseln. Diese sollten entfernt werden. Weiter möchte er wissen, ob es einen neuen Stand hinsichtlich der Energiegenossenschaft gebe.

Bürgermeister Pollehn erwidert, er habe den Abbau der Schilder noch nicht veranlasst, da die Vehemenz im Rat zum Abbau der Schilder sich nicht mit den Stimmen aus der Bürgerschaft nicht übereinstimmt. Zum einen gebe es noch andere Prioritäten, zum anderen erhoffe er sich, dass sich die Bezeichnungen zwischenzeitlich bei den Bürgerinnen und Bürgern nachhaltiger einprägen.

Zur Energiegenossenschaft berichtet er, dass jetzt in die Regularien eingestiegen werden könne. Dabei werde er die Stadt Burgdorf in der Generalversammlung vertreten. Der Aufsichtsrat werde sich mit den weiteren Formularen beschäftigen. Erst dann erfolge die Beschlussfassung über den Beitritt.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen sind dem Protokoll als Anlage 8 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer